

# Initiativantrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** **Kein Fortschritt ohne Konflikt – dieser Koalitionsvertrag ist keine sozialdemokratische Antwort auf die Krise**

---

*Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die sächsischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

## Antragstext

1 Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ist politisch klar:  
2 Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung von Union und SPD ist rechnerisch nicht  
3 möglich. Die Vorstellung, die SPD könnte sich dieser Verantwortung einfach  
4 entziehen, wäre politisch naiv – und in der gegenwärtigen Situation  
5 gesellschaftlich fahrlässig. Wir können in diesem Zusammenhang auch die Bedenken  
6 bezüglich einer Ablehnung des vorliegenden Koalitionsvertrags verstehen und  
7 nachvollziehen. Viele gesellschaftliche und soziale Bereiche sowie nahezu alle  
8 Kommunen sind auf rasche Entscheidungen und das zügige Umsetzen von Maßnahmen  
9 sowie die Verabschiedung eines Bundeshaushaltes angewiesen. Auch die Sorge vor  
10 einer weiter anwachsenden Stärke von rechtspopulistischen und rechtsnationalen  
11 Kräften aufgrund von anhaltender politischer Handlungs- und  
12 Gestaltungsunfähigkeit nehmen wir wahr.

13 Doch genauso fahrlässig wäre es, diesen Koalitionsvertrag zur Geschäftsgrundlage  
14 sozialdemokratischer Politik zu erklären. Denn was Union und SPD hier gemeinsam  
15 vorgelegt haben, ist kein Zukunftsentwurf für ein gerechteres, demokratischeres,  
16 solidarisches Morgen. Es ist ein Vertrag der Rückschritte. Ein Signal der  
17 Anpassung. Ein Angriff auf jede progressive Politik. Ein Anspruch, den wir als  
18 Jusos seit Jahren verteidigen – oft genug auch gegen unsere eigene Partei.

19           **Was dieser Koalitionsvertrag sagt, ist klar:** Migration wird zur Bedrohung  
20           erklärt, Armut wird verwaltet statt bekämpft, Arbeit wird flexibilisiert statt  
21           fair gemacht, soziale Absicherung wird an Bedingungen geknüpft, als wären wir im  
22           Jahr 2003. Die strukturelle Ungleichheit, die diesen Staat durchzieht, wird  
23           nicht einmal mehr rhetorisch problematisiert – und die Schuldenbremse wird zum  
24           unantastbaren Dogma erhoben.

25           **Was dieser Koalitionsvertrag nicht sagt, ist genauso bezeichnend:** Es fehlt an  
26           einer Perspektive für Menschen in prekären Lebenslagen, für Geflüchtete, für  
27           junge Menschen, für queere Communities, für Familien ohne Eigentum, für alle,  
28           die in diesem Land mehr geben als sie je bekommen haben.

29           Und genau deshalb sagen wir Jusos Sachsen klar und deutlich: **Wir lehnen diesen**  
30           **Koalitionsvertrag ab.**

31           **Aus Verantwortung für Demokratie – nicht für Symbolpolitik**

32           Wir müssen den Finger in die Wunde legen und klarstellen: Verantwortung für  
33           Demokratie bedeutet nicht einfach, politische Verantwortung ohne klare Linien  
34           und Überzeugungen zu übernehmen. Als Jusos sind wir uns einig: Es darf der SPD  
35           nicht nur darum gehen, als Teil

36           einer neuzubildenden Regierung zu agieren, sondern vor allem auch darum, aktiv  
37           eine politische Agenda zu gestalten, die die sozialen Werte einer solidarischen  
38           Gesellschaft widerspiegelt. Es geht nicht nur darum, mitzuregieren, sondern auch  
39           darum, die Verantwortung für die sozialdemokratische Vision in der Gesellschaft  
40           aufrechtzuerhalten. Doch dieser Koalitionsvertrag, wie er hier vorliegt, ist  
41           eine bloße Verwaltung der bestehenden Verhältnisse und keine Gestaltung der  
42           Zukunft. Wir können und dürfen uns nicht damit abfinden, dass grundlegende  
43           sozialdemokratische Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und  
44           Solidarität im Namen einer fragwürdigen Konsenspolitik aufgeweicht werden.

45           Denn was dieser Vertrag letztlich zeigt, ist der Versuch, Konflikte zu  
46           vermeiden, statt sie anzunehmen. Wer meint, durch eine Politik des kleinsten  
47           gemeinsamen Nenners die Gesellschaft zu versöhnen, unterschätzt die  
48           tatsächlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, die das Land  
49           durchziehen. Es ist kein Fortschritt, die sozialen Probleme zu ignorieren, nur  
50           weil sie unbequem sind. Es ist kein Fortschritt, sich dem rechten Diskurs zu  
51           beugen, nur um politischen Frieden zu simulieren. Nein, der politische Erfolg  
52           muss in der radikalen Auseinandersetzung mit den bestehenden Ungleichheiten  
53           liegen, nicht in der Abwägung zwischen schlechten und weniger schlechten  
54           Kompromissen.

55 Eine SPD, die aus Angst vor einem angeblichen „Rechtsrutsch“ rechte Narrative  
56 übernimmt, verfehlt ihr Ziel. Der Koalitionsvertrag nimmt Begriffe wie  
57 „irreguläre Migration“, „Anreize zum Sozialmissbrauch“ und  
58 „Integrationsverweigerung“ auf, als hätte ihn ein Unions-Innenminister mit einem  
59 AfD-Schatten im Rücken formuliert.

60 **Damit wird nicht der Rechtsruck gestoppt – er wird diskursiv validiert.** Die  
61 Versuche, mit autoritären Maßnahmen wie Abschiebungen nach Syrien und  
62 Afghanistan, der Aussetzung des Familiennachzugs, Internierungshaft und  
63 Leistungskürzungen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, sind nicht nur  
64 rechtsstaatlich fragwürdig – sie sind politisch katastrophal. Sie bestätigen die  
65 Deutung der Rechten: dass Migration das zentrale Problem unserer Gesellschaft  
66 sei.

67 Wer Migration als Bedrohung begreift, wer das Bild von „kriminellen Migranten“  
68 pflegt, wer mit Abschiebungen und dem Aushungern von Asylrechtsverfahren Politik  
69 machen will, gibt grundlegende Prinzipien der sozialen Demokratie auf. Eine  
70 solche sozialdemokratische Partei, verabschiedet sich aus der Tradition des  
71 Internationalismus und der Solidarität – und macht sich zur Beflüglerin des  
72 Rechtsrucks.

73 **Die sog. Bezahlkarte ist der in Form gegossene Ausdruck von Stigmatisierung und**  
74 **Diskriminierung** von Geflüchteten in Deutschland. Eine Forderung nach  
75 flächendeckendem Einsatz ihrer und der Verhinderung von ihrer Unterbindung  
76 sollte für eine sozialdemokratische Partei erschreckend sein, ist es aber  
77 scheinbar nicht. Die Bezahlkarte hemmt die Integration und macht das Leben von  
78 Geflüchteten komplizierter. Sie spricht Geflüchteten ab, selbst finanzielle  
79 Entscheidungen treffen zu können, und entmündigt sie.

80 Wer sich als Partei der Gleichberechtigung sieht und die schwächsten unserer  
81 Gesellschaft fördern möchte, darf dieses System nicht weiter unterstützen und  
82 fordern, es auszubauen. Es muss klar sein, dass man sich für eine Abschaffung  
83 der sog. Bezahlkarte ausspricht.

#### 84 **Sozialpolitik ohne Würde – das Comeback des Forderns ohne Fördern**

85 Die Rückkehr zum Vermittlungsvorrang, die faktische Wiedereinführung von  
86 Vollsanktioierung, die Abschaffung von Schonvermögen, das Framing von  
87 Sozialleistungen als Einwanderungsanreiz – all das sind keine  
88 Nebensächlichkeiten. Es sind Rückfälle in eine Zeit, in der der Sozialstaat vor  
89 allem Kontrollstaat war. Wer Sozialleistungen als Mittel der sozialen Kontrolle  
90 begreift und eine Gesellschaft durch Misstrauen und Entwürdigung strukturiert,

91 gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

92 **Wir wollten das Kapitel Hartz IV beenden** – nicht mit neuem Cover, sondern mit  
93 neuem Inhalt. Doch dieser Koalitionsvertrag erzählt keine neue Geschichte. Er  
94 reproduziert alte Formeln: Arbeit um jeden Preis, Leistung vor Leben, Sanktion  
95 statt Unterstützung.

96 Menschen, die auf soziale Sicherheit angewiesen sind, werden erneut mit  
97 Misstrauen behandelt, statt als Partner\*innen in einem Sozialstaat auf  
98 Augenhöhe. Wir fordern einen Sozialstaat, der aktiv Menschen unterstützt und  
99 nicht in eine Spirale aus Kontrolle und Stigmatisierung schickt. Das Ziel muss  
100 es sein, Menschen zu fördern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihnen die  
101 Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – und das nicht nur  
102 auf dem Papier, sondern auch durch konkrete politische Maßnahmen. Kurz: Was wir  
103 brauchen, ist ein Sozialstaat, der qualifiziert, schützt und stärkt – nicht  
104 einer, der schikaniert.

105 **Kein Mieter\*innenschutz, keine Vermögensbesteuerung – aber ein**  
106 „**Deutschlandfonds**“

107 Während Wohnraum unbezahltbar wird und der Mangel an öffentlicher Daseinsvorsorge  
108 wächst, bleibt die große sozialpolitische Gerechtigkeitsfrage unbeantwortet: Wer  
109 zahlt eigentlich für dieses Land? Die Antwort dieses Koalitionsvertrags ist  
110 erschütternd klar: nicht die Reichen. Der Koalitionsvertrag versäumt es,  
111 reiche Erben und Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, indem er eine  
112 Vermögenssteuer und echte Maßnahmen gegen die Steuerflucht der Reichen  
113 ausblendet.

114 Stattdessen: eine Kommission, ein Fonds, ein Prüfauftrag. Symbolpolitik statt  
115 Substanz. Wer die soziale Frage nicht stellt, darf sich nicht wundern, wenn sie  
116 von rechts beantwortet wird. Wer eine gerechtere Gesellschaft anstrebt, muss  
117 sich der Vermögensverteilung stellen und den Reichen mehr zur Verantwortung  
118 ziehen. Das können wir nicht einfach hinnehmen.

119 **Klimapolitik mit angezogener Handbremse**

120 Auch in der Klimapolitik verpasst die Koalition ihre Chance. Statt  
121 entschlossener Investitionen in öffentliche Infrastruktur, soziale  
122 Klimagerechtigkeit und eine Abkehr von fossilen Abhängigkeiten erleben wir  
123 Rückschritte: CCS-Technologien, Gasförderung, verlängerte Laufzeiten,  
124 technologieoffenes Lavieren – aber keine klare Linie für eine ökologische  
125 Transformation mit sozialen Garantien. Klimaschutz wird zur Standortpolitik

126 degradiert – und soziale Gerechtigkeit zum Nachsatz.

127 **Wir sind nicht alternativlos**

128 Ja, die Mehrheitsverhältnisse nach dem 23. Februar sind schwierig. Aber  
129 „schwierig“ ist kein Freifahrtsschein für inhaltliche Selbstaufgabe. Es ist  
130 Aufgabe der SPD, nicht nur mitzuregieren, sondern zu gestalten. Und wenn das mit  
131 der Union nicht geht, dann muss man den Konflikt austragen – nicht die roten  
132 Linien abräumen.

133 **Wir akzeptieren nicht die Erzählung, dass es „nun mal nicht anders geht“.** Wenn  
134 der Preis für Regierungsbildung das Aufgeben unserer Grundsätze ist, dann ist es  
135 unsere Aufgabe als Jusos, genau diesen Preis nicht zu bezahlen. Politische  
136 Verantwortung heißt auch: Nein sagen können.

137 Wir werden weiterkämpfen. Wir sind nicht die Erben der Politik des kleinsten  
138 gemeinsamen Nenners. Wir sind die Generation, die die Konflikte nicht scheut,  
139 sondern sie aktiv und

140 konstruktiv austrägt. Unser Ziel ist klar: eine sozialere, gerechtere,  
141 solidarische und demokratische Gesellschaft.

142 **Unsere Position**

143 Wir als Jusos Sachsen sagen deshalb:  
144 ? Wir lehnen den Koalitionsvertrag in seiner vorliegenden Form ab.  
145 ? Wir fordern Nachverhandlungen in den Bereichen Asyl & Migration, Soziales und  
146 Arbeit.  
147 ? Wir rufen alle Mitglieder der SPD dazu auf, beim Mitgliederentscheid mit Nein  
148 zu stimmen.  
149 ? Und wir sagen deutlich: Egal wie die Abstimmung ausgeht – auf uns ist zu  
150 zählen.

151 Wir sind nicht der Jugendflügel einer Großen Koalition. Wir sind der  
152 demokratisch-sozialistische Motor einer Partei, die sich selbst nicht aufgeben  
153 darf.

154 Wenn Morgen wirklich uns gehören soll, dann müssen wir heute anfangen, für  
155 dieses Morgen zu kämpfen!